

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Anfrage der Abgeordneten Karl-Heinz Bley, André Bock, Rainer Fredermann, Karsten Heineking, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Ulf Thiele, Martin Bäumer und Axel Miesner (CDU), eingegangen am 22.12.2014

Wie weit ist Korbach von der niedersächsischen Politik entfernt? Oder: Wie steht die Landesregierung zum Fracking?

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen am 18./19. Oktober 2014 in Walsrode hat unter dem Titel „Den Widerstand aus Korbach in die Politik tragen!“ für ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger votiert. Dies sei, so heißt es im Beschluss weiter, unabhängig davon, ob das Fracking mit oder ohne den Einsatz von Chemikalien hydraulisch oder anderweitig erzeugt werde. Darüber hinaus sei man für ein generelles Import- und Handelsverbot von gefrackten fossilen Energieträgern und für ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses sowie der untertägigen Ablagerungen von Fluiden und Lagerstättenwässern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie unterscheidet sich die Position von Bündnis 90/Die Grünen, wie sie im Rahmen der Landesdelegiertenkonferenz am 18./19. Oktober 2014 in Walsrode beschlossen wurde, von der der Landesregierung?
2. Ist die Landesregierung ebenso wie Bündnis 90/Die Grünen für ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger, und zwar unabhängig davon, ob es mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien hydraulisch oder anderweitig erfolgt?
3. Ist auch die Landesregierung für ein generelles Import- und Handelsverbot von durch Fracking erzeugten fossilen Energieträgern?
4. Welche Auswirkungen hat der unter der Überschrift „Den Widerstand aus Korbach in die Politik tragen!“ gefasste Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vom 18./19. Oktober 2014 auf das administrative Handeln der Landesregierung oder der ihr nachgeordneten Behörden?
5. Beabsichtigt die Landesregierung, ihre Position zum Thema Fracking auf Grundlage des Beschlusses der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vom 18./19. Oktober 2014 neu zu fassen? Wenn ja, wie, wenn nein, warum nicht?